

DIE KONSUMENTEN-STIMME

Fakten, Zahlen und Hintergründe
comparis.ch

NR 02 | MAI 2015

Energie 2050

Was es für eine sichere Energiezukunft braucht SEITE 2

Mindestkurs

Warum die Aufhebung unseren Wohlstand erhöht SEITE 3

Tariffrieden

Warum Schiedsgerichte die Tarifpartnerschaft stärken SEITE 4

EDITORIAL

Gouverner c'est prévoir

Die Politik sollte sich von der kurzfristigen reaktiven Hektik verabschieden und sich um langfristige Rahmenbedingungen kümmern, damit der Fleiss künftiger Generationen den Wohlstand der Schweiz sichern wird. Leider wird bei bundesrätlichen Strategien oft vergessen, dass wir Bürger jeden Franken zuerst erwirtschaften müssen, bevor der Staat ihn ausgeben kann.

Im Parlament regt sich Widerstand gegen die Strategien «Gesundheit 2020» und «Energie 2050». Mit drei parlamentarischen Initiativen wollen BDP, FDP und SVP die Tarifpartnerschaft von Ärzten, Spitälern und Krankenversicherern, anstatt die Staatsmedizin des Bundesrats, stärken (siehe Seite 4).

Die Nationalräte Bastien Girod und Christian Wasserfallen debattieren über die richtige Energiepolitik (siehe Seite 1). Ob Privathaushalte ab 2018 auch ihren Strommix frei wählen können, wird wohl an einer Volksabstimmung entschieden. Allerdings wird nicht über die Gesamtstrategien «Energie 2050» und «Gesundheit2020» abgestimmt.

Und Professor Reiner Eichenberger erklärt, warum der starke Franken die Quelle unseres Wohlstandes und nicht eine unerwünschte Nebenwirkung ist (siehe Seite 3).

comparis.ch setzt sich für die Wahlfreiheit der Konsumenten ein, weil der mündige Bürger auch ein mündiger Konsument ist und einen Staat braucht, der ihn stark macht und nicht bevormundet.  **Felix Schneuwly, Head of Public Affairs**

Strom: Konsumenten sollen die Wahl haben – die Frage ist: welche?

Nach Fukushima 2011 schien klar: Die Schweiz soll ihre Atomkraftwerke mittelfristig vom Netz nehmen. Das ist heute nicht mehr so sicher. Und auch die Frage, ob die Konsumenten 2018 ihren Energieproduzenten frei wählen können, ist offen.

Rund 58 Prozent Wasserstrom, knapp ein Drittel Atomstrom und vernachlässigbar wenig aus erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne: Das ist im Durchschnitt der Strom-Produktionsmix in der Schweiz. Mit der Atomkatastrophe in Fukushima hinterfragten auch die Schweizer Politiker die Energieversorgung. Welche Massnahmen braucht es für eine sichere Energiezukunft und wieviel Wahlfreiheit sollen die Konsumenten haben? Die Nationalräte und Energiepolitiker **Bastien Girod** (Grüne, ZH) und **Christian Wasserfallen** (FDP, BE) haben unterschiedliche Pläne.

Die Energieschweiz in 20 Jahren

Für den Grünen Bastien Girod ist klar: in 20 Jahren soll der gesamte in der Schweiz produzierte Strom erneuerbar sein. «AKWs sollten zu 50 Prozent durch Solarstrom sowie durch Biomasse, Wind- und Wasserkraft ersetzt werden», so der Zürcher. Ausserdem soll der Stromverbrauch dank mehr Effizienz nicht zunehmen. Zur Förderung der Stromeffizienz werden Gelder der kostendeckenden Einspeisevergütung in Energieeffizienz-Projekte investiert, das Gebäudeprogramm fördert den Ersatz der energieintensiven Widerstands-Elektroheizungen und Energieproduzenten sollen jedes Jahr weniger Energie verkaufen – «dazu braucht es auch einen finanziellen Anreiz».

Für geradezu utopisch hält dies der FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen. «Die Leistung der Anlagen von

Strom made in Switzerland

* Konventionell-thermische und andere Kraftwerke



Obwohl Wasserkraft die Stromproduktion in der Schweiz dominiert, wird über ein Drittel des Stroms von Kernkraftwerken produziert. Der Bund will bis 2050 den Anteil aus der Kernkraft sukzessive reduzieren. Der Anteil der Elektrizität am Gesamtenergieverbrauch macht 23.8 Prozent aus.

Quelle: BfE Elektrizitätsstatistik 2013

erneuerbaren Energien ist begrenzt – sowohl bezüglich Wetter wie auch Jahreszeiten», sagt der Berner. Dadurch bedingt würden solche Anlagen hierzulande nur etwas mehr als 10 Prozent ihres maximal möglichen Nutzens erreichen und wären sehr inkonstant. Er geht davon aus, dass man die Wasserkraft ausbauen und bestehende Atomkraftwerke weiterbetreiben kann.

Atomstrom: Der Spaltpilz

Während nach Fukushima alle Zeichen auf Atomausstieg standen, haben sich die politischen Positionen mittlerweile akzentuiert. Ein Atomausstieg wird vor allem von der SVP und FDP kritisiert. «Solange ein AKW sicher betrieben werden kann, soll es Strom produzieren», findet Wasserfallen. Statt fixe Laufzeiten von AKWs festzulegen, soll das Augenmerk auf die Sicherheit der Werke gelegt werden. Er ist auch ein Gegner eines Technologieverbotes in der Schweiz: «Das letzte Wort bei der Erteilung einer Rahmenbewilligung für ein neues AKW hat ja immer noch das Parlament und – bei einem Referendum – das Volk.»

» Fortsetzung auf Seite 2

Rund 120 Franken...

... erhalten Versicherte, die in der Waadt wohnen. Krankenversicherte hatten zwischen den Jahren 1996 und 2013 in einigen Kantonen angeblich zu viel an Prämien für die Grundversicherung bezahlt. Nun wird abgerechnet und zurück bezahlt. In einigen Kantonen – in Bern zum Beispiel – müssen Versicherte aber auch bis zu gut 62 Franken Prämien nachzahlen.

Anders sieht es Girod: «Feste Laufzeiten wären für die Planbarkeit der Energiewende wichtig. Würde man die Risiken eines terroristischen Angriffs ernst nehmen, müsste man die AKWs schon heute abschalten.» Statt Staatsgelder in die Nuklearforschung zu stecken, solle man lieber die Frage der sicheren Lagerung nuklearer Abfälle lösen. «Für die künftige Stromversorgung wäre es auch wichtig, die Speichermöglichkeiten für erneuerbare Energien voranzutreiben.»

Viel teurer als ein Atomausstieg sei der Weiterbetrieb der AKWs: «Bezahlen müsste bei einem Atomunfall die Bevölkerung im Mittelland.» Die Grünen wollen den Atomausstieg auch über ihre Initiative erreichen.

Wasserkraft: Unterschätzte grüne Energie?

Die vielversprechendste erneuerbare Energie ist für Wasserfallen



Bastien Girod

Der 34-Jährige ist Nationalratsmitglied der Grünen (Zürich) und Umweltwissenschaftler. Er forscht an der ETH Zürich wie die Klimabelastung reduziert werden kann.

sition aus Grünen Kreisen sieht er den Grund dafür auch in der Praxis der Wasserzinsen – der Kraftwerkbetrieb

«Die Anbieter sollten default-mässig Strom aus erneuerbaren Quellen anbieten. Wenn jemand Dreckstrom will, soll er sich aktiv dafür entscheiden müssen.» Bastien Girod

die Wasserkraft. Er bedauert: «Leider ist der Ausbau eines der grössten Kraftwerke am Grimsel in der Schublade verschwunden.» Nebst der Oppo-

ber bezahlt den Standortkantonen eine Entschädigung: ein Hindernis für den Ausbau der Wasserkraft. «Die Wasserkraftkanton- und -gemeinden sollen den Betreibern beim Wasserzins und den Steuern entgegenkommen», fordert er.

Für Bastien Girod ergänzen sich Wasser- und Solar- oder Windstrom. «Das Hauptproblem der Wasserkraft ist, dass ihr ökologischer Mehrwert nicht anerkannt wird», sagt er – und sieht den Grund in der tiefen CO₂-Abgabe auf nicht erneuerbaren Strom und im günstigen AKW-Strom. Beide konkurrieren die Wasserkraft. «Neben dem forcierten Zubau von Wind- und Sonnenstrom würde auch eine Dreckstromabgabe der Wasserkraft helfen», sagt er.

Erneuerbare Energien fördern – aber wie?

Derzeit wird die Herstellung von erneuerbaren Energien subventioniert. Das soll auch so bleiben, meint



Christian Wasserfallen

Der 33-jährige Projektingenieur beim Zentrum für angewandte Fertigungstechnik ist FDP-Nationalrat (Bern) und Vorstandsmitglied des Nuklearforums Schweiz.

Energiestrategie 2050: So plant der Bund

Mit der *Energiestrategie 2050* skizziert der Bundesrat, wie ein schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie bis 2050 bewerkstelligt werden soll. Das grösste Potenzial sieht der Bundesrat in den erneuerbaren Energien Wind und Sonne, ausserdem soll die Wasserkraft ausgebaut werden.

Statt wie bisher erwünschte Energien zu belohnen (Subventionen), will der Bundesrat die Benutzung unerwünschter Energien bestrafen (Lenkungsabgaben). Das sorgt für Kritik: Die Linke fürchtet, dass das Subventionssystem ohne valable Alternative beerdigt wird, bürgerliche Parteien wie die FDP sind zwar für eine Lenkungsabgabe – aber nur auf Heizöl und nicht auf Strom und Benzin.

Über die Energiestrategie 2050 wird das Volk wohl nie abstimmen, höchstens über Teile davon, wenn gegen einzelne Parlamentsbeschlüsse das Referendum ergriffen wird.

Girod. Bei der vom Bundesrat geplanten Lenkungsabgabe, welche die Subventionen mittelfristig ablösen soll, ortet er ein Problem: Diese kann nämlich nur auf bestimmte Arten von Strom, so etwa Kohle oder Gas erhoben werden – nicht aber auf die Herkunft. Das Problem dabei: erneuerbarer Strom, etwa aus Deutschland, wird subventioniert und ist daher oft billiger als einheimischer Wasserstrom. Eine Abgabe auf den günstig im Ausland hergestellten erneuerbaren Strom wäre aber wettbewerbsrechtlich problematisch. Dadurch gerät die Schweizer Wasserkraft unter Druck.

dynamische Preisentwicklung für Benzin in den letzten Jahren gezeigt.

Der Konsument soll wählen

Das Stromangebot soll sich nicht zuletzt auch an der Nachfrage ausrichten. Dieser Gedanke steht hinter der geplanten Liberalisierung des Strommarktes für Privatkunden – ob diese wie geplant 2018 kommt, ist unklar, denn ein Referendum droht. Girod und Wasserfallen sind sich bewusst, dass die wenigsten Personen ihren standardmässig festgelegten Strommix aktiv ändern – ziehen daraus aber unterschiedliche Schlüsse.

«Der Bürger ist mündig und kann selber wählen, welchen Strom er bekommen möchte. Dazu braucht es aber endlich eine komplette Liberalisierung des Strommarktes.» Christian Wasserfallen

Ebenfalls kritisch eingestellt gegenüber neuen Lenkungsabgaben ist Christian Wasserfallen. Er und seine Partei schlagen eine Verbesserung der bestehenden CO₂-Lenkungsabgabe auf Heizöl vor. Gleichzeitig soll es möglich sein, dass alle Wirtschaftszweige und Hauseigentümer durch Massnahmen in der Energieeffizienz von solchen Abgaben befreit würden. Schon heute werde dieses System von der Energieagentur der Wirtschaft erfolgreich praktiziert. Energie oder Treibstoff zu besteuern, wie vom Bund geplant, führe nicht zu einer Reduktion der gefahrenen Kilometer, das habe die

«Die Anbieter sollten default-mässig Strom aus erneuerbaren Quellen anbieten. Wenn jemand Dreckstrom will, soll er sich aktiv dafür entscheiden müssen», sagt Girod. Dadurch würde die Energiewende vorangetrieben. Davon hält Christian Wasserfallen wenig: «Wer so etwas vorschlägt, soll mir nie wieder etwas über Konsumentenschutz erzählen.» Er verlangt, dass standardmässig das günstigste Stromprodukt geliefert werden soll. «Der Bürger ist mündig und kann selber wählen, welchen Strom er bekommen möchte. Dazu braucht es aber endlich eine komplette Liberalisierung des Strommarktes.»

Wohlstandsquelle Frankenstärke

Die Freigabe des Frankenkurses war nötig und richtig, und sie mehrte unseren Wohlstand. Die Aufwertung verbilligt die Importe und erhöht entgegen allen Unkenrufen den Gesamtwert unserer Vermögen. Ein Meinungsbeitrag von Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Leiter des Seminars für Finanzwissenschaften der Universität Fribourg/Freiburg.

Davon profitieren wir alle. Zugleich liess sie unser Gesamtvermögen stark wachsen. Zwar erlitten die meisten privaten und institutionellen Anleger auf den ersten Blick Verluste, weil ihre ausländischen Anlagen und Erträge in Franken umgerechnet schrumpften. Doch jeder Franken ist ja jetzt mehr wert. Deshalb sind auch die Vermögen real mehr wert. Oder anders gesagt: Die Schweizer insgesamt

Franken, sondern in ausländischer Währung. Dieser ist aber durch die Frankenaufwertung stark gestiegen.

Wettbewerbsfähige Anbieter machen die Schweiz reich

Natürlich ist die Aufwertung für die Exportindustrie herausfordernd. Das ist sie aber zu Recht. Denn die Schweiz hatte beim geschützten Kurs von 1.20 – der auch dauernd

sie weniger der knappen Produktionsfaktoren Arbeit und Land, die so vermehrt den Firmen und Branchen mit grossem Potenzial zufließen. Der permanente Umbau der Wirtschaft hin zu besonders wettbewerbsfähigen Anbietern hat die Schweiz reich gemacht. Immerhin klagen fast alle Firmen über einen Mangel an qualifiziertem Personal. Entsprechend profitieren sie, wenn andere Firmen weniger Personal brauchen.

Aufwertung als Nachteil?

Die Aufwertung löst aber nicht alle Probleme. So wird der Zuwanderungsdruck nicht stark sinken, wenn das Stellenwachstum abnimmt. Denn Zuwanderer bewerben sich nicht nur auf neue, sondern auf alle offenen Stellen. Die Zahl offener Stellen wird aber nicht durch den Arbeitsplatzzuwachs von bisher jährlich rund 50'000 Stellen, sondern durch die weit grössere natürliche Fluktuation infolge Jobwechsel und Pensionierungen geprägt. So sind auch in schlechten Zeiten jährlich rund 400'000 Stellen neu zu

besetzen, was weiterhin viele Zuwanderer anziehen wird.

Bund soll Preisinsel verhindern

Zwar sinken die Franken-Preise der Importe, allerdings nicht im Ausmass der Aufwertung. Zum einen fallen die Vertriebskosten für Importgüter in der Schweiz an und sinken deshalb nicht. Zum anderen setzen die Anbieter ihre Preise nicht ausschliesslich aufgrund ihrer Kosten. Vielmehr versuchen sie, die Kaufkraft der Konsumenten abzuschöpfen. Je höher nun die Kaufkraft der Schweizer in Euro gemessen wird, desto stärker differenzieren die Anbieter ihre Preise zwischen der Schweiz und der EU, und desto grösser wird der Preisunterschied. Deshalb ist es jetzt umso wichtiger, dass unser Bundesrat und Parlament endlich wirkungsvolle Massnahmen gegen die Preisinsel ergreifen, und dass die Konsumenten ungeniert im Ausland einkaufen, wenn ihnen die Preisunterschiede zu frivol sind. Nur so können wir die vollen Vorteile der Aufwertung ernten ✓

«Entscheidend ist deshalb nicht der Wert unserer Vermögen in Franken sondern in ausländischer Währung.»

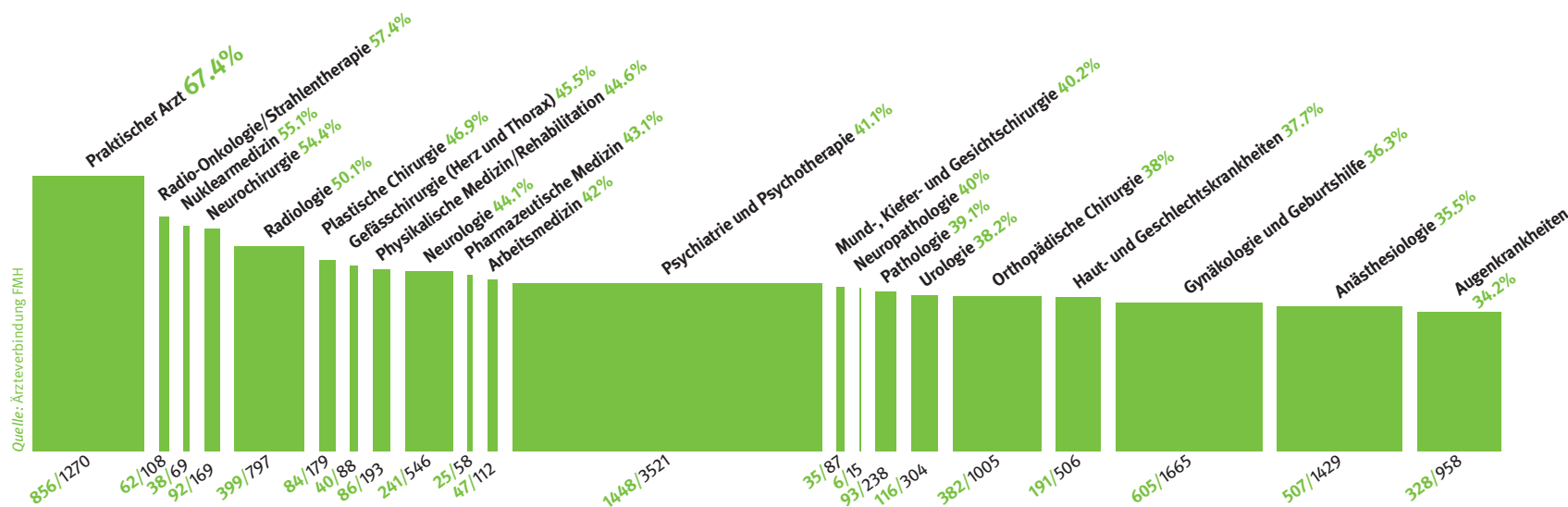
können ihre Vermögen gar nicht in der Schweiz ausgeben. Weil hier praktisch Vollbeschäftigung herrscht, bewirken zusätzliche Ausgaben keine Mehrproduktion, sondern die zusätzlich gekauften Güter und Leistungen müssen importiert werden. Genau so können auch unsere riesigen Pensionskassenvermögen schlussendlich nur für Importe ausgegeben werden. Entscheidend ist deshalb nicht der Wert unserer Vermögen in

als zu hoch gescholten wurde – den weitaus höchsten Exportüberschuss pro Einwohner in Europa. Diese Überschüsse setzen den Franken unter Aufwertungsdruck. Die Exporteure sind also weniger Opfer als Mitversacher der Aufwertung. Längerfristig aber steigert die Aufwertung unsere Produktivität. Dank ihr wachsen Firmen mit wenig Produktivitätssteigerungs- und Zukunftspotenzial langsamer. Damit brauchen

GESUNDHEITSVERSORGUNG

Welche Ärzte haben ein ausländisches Diplom?

rg. Der Anteil der Ärzte mit einem ausländischen Diplom unterscheidet sich je nach Fachrichtung. Den prozentual höchsten Anteil weist die Disziplin «Praktischer Arzt» mit 67,4 Prozent auf. Laut der Ärztesverbindung FMH erhalten sämtliche ausländische Allgemeinmediziner bei der Anerkennung den Titel «Praktischer Arzt» automatisch. Voraussetzung ist eine 3-jährige Weiterbildung, die zur selbstständigen Tätigkeit in der Schweiz befähigt. In absoluten Zahlen praktizieren die meisten Ärzte mit einem ausländischen Diplom in der Psychiatrie und Psychotherapie. Ganze 1448 Ärzte von insgesamt 3521 zählt hier die FMH, das sind 41,1 Prozent.



Tausende Tote, aber kein Handlungszwang

Pro Jahr erleiden in der Schweiz rund 70 000 Personen Spitalinfektionen. Rund 2000 Patienten sterben an diesen. Dies schätzt Swissnoso, die Vereinigung von führenden Experten auf dem Gebiet der Spitalhygiene. Swissnoso untersucht im Auftrag des ANQ (Nationaler Verein für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken) regelmässig Wundinfektionen. Letztes Jahr veröffentlichte der ANQ eine Swissnoso-Studie, in der die Wundinfektionen nach acht ausgewählten Operationen in 118 Spitälern untersucht wurden. Nach rund 1400 Operationen kam es zu Infektionen – umgerechnet bei knapp 4 von 100 Patienten.

Die Höhe der Infektionsrate unterscheidet sich je nach Art der Operation: Sie reicht von 1 Prozent bei Knieprothesen bis zu knapp 14 Prozent bei Dickdarm-Operationen.

Die Auswertung zeigt zudem, welche Spitäler eine über- oder unterdurchschnittliche Infektionsrate bei den betreffenden Operationen ausweisen. Die Kantone wurden über die Resultate informiert. Nur: Ob sie handeln, ist ihnen überlassen. «Systematische Konsequenzen der Erhebung sind keine vorgesehen, da es sich um eine Qualitätsmessung und keine Intervention handelt», schreibt Stefan Kuster von Swissnoso. Spitäler mit überdurchschnittlich hohen Wundinfektionen seien schon aufgrund der transparenten Publikation zum Handeln aufgefordert.

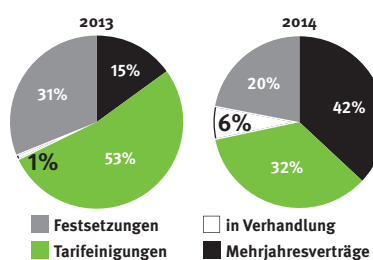
Stärkung der Tarifpartnerschaft durch Schiedsgerichte

Kassen, Ärzte, Spitäler und andere Leistungserbringer ziehen Tarifverhandlungen oft in die Länge oder lassen sie scheitern. Damit sich das Taktieren nicht mehr lohnt, verlangen drei parlamentarische Initiativen einen Systemwechsel im Krankenversicherungsgesetz (KVG). Neu sollen Schiedsgerichte der Tarifpartner entscheiden.

Wenn sich Versicherer mit Leistungserbringern einigen, müssen die nationalen Tarifverträge gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) vom Bundesrat genehmigt werden. Kantonale Verträge genehmigt die jeweilige Kantonsregierung. Scheitern die Verhandlungen der Tarifpartner, setzt die Regierung einen Tarif fest. Die vielen Festsetzungen sind ein Indiz für eine schwache Tarifpartnerschaft.

Ein häufiger Grund für das Scheitern von Tarifverhandlungen ist das Taktieren und auf Zeit spielen angesichts zu vieler Rechtsansprüche der Tarifpartner im KVG. Gleich drei parlamentarische Initiativen verlangen nun einen Systemfehler im KVG zu beseitigen, der das Taktieren belohnt. Die FDP-Fraktion, Nationalrat Lorenz Hess (BDP BE) und Nationalrätin Verena Herzog (SVP TG) streben eine KVG-Revision an, welche beim Scheitern der Verhandlungen eine Einigung durch Schiedsgerichte verlangt. In diesen Schiedsgerichten sollen die Tarifpartner vertreten sein. Wie bisher können die Tarifpartner zwar Tarife, die ihnen nicht passen, beim Bundesverwaltungsgericht anfechten. Das Taktieren und Verzögern

Tarifverhandlungen im stationären Bereich



6 Prozent aller stationären Tarifverhandlungen waren im 2014 noch offen.

Quelle: Tarifsuisse AG

wird sich so aber nicht mehr lohnen, weil sich die Tarifpartner via Schiedsgericht einigen müssen und den Ball nicht einfach an die Regierung weiterspielen können.

Diese parlamentarischen Initiativen lassen Hoffnung aufkommen, dass die bürgerlichen Gesundheitspolitiker im Parlament erwacht sind und der bundesrätlichen Staatsmedizin «Gesundheit2020» eine Alternative entgegensetzen wollen, welche die Wahlfreiheit der Bürger stärkt und die Verantwortung der Tarifpartner für mehr Effizienz und Qualität fördert. Ein Meinungsbeitrag von Krankenkassen-Experte Felix Schneuwly.

Töff-Studie: Freiheit statt Tempo

ssa. Schweizer Töff-Fahrer sind offenbar keine Adrenalin-Junkies: Geschwindigkeitsrausch und intensives Fahrgefühl geben nur 10 Prozent als Grund an, dass sie sich auf ihr Motorrad schwingen. Viel wichtiger ist ihnen das Freiheitsgefühl (36 Prozent) und der Spass (34 Prozent). 13 Prozent geniessen die Landschaft und Natur, wie die repräsentative Umfrage ergab.

Sparkonten: Gebühren fressen Zinsen auf

ssa. Bankkunden zahlen oft mehr Gebühren, als sie Zinsen erhalten. Die Unterschiede können zwischen den verschiedenen Banken über 160 Franken im Jahr ausmachen, wie Banken-Experte Marc Parmentier, erklärt. Die Berechnung für einen Beispielskunden zeigt, dass am Jahresende nach Verrechnung von Zinsen und Spesen nur bei 3 von 13 berücksichtigten Banken ein Plus bleibt. Berücksichtigt wurden die günstigsten Privatkunden-Angebote von 13 marktrelevanten Geldinstituten.

Roaming: Neue Flatrates

rg. Swisscom und Sunrise bieten seit Neuestem Ferien-Flatrates an: Die Swisscom «Infinity Plus»-Abos enthalten Gratis-Roaming an mindestens 30 Tagen pro Jahr. Sunrise zieht nach und bietet den Kunden das Paket «Travel Days» an. Die Datenübertragung ist bei beiden Angeboten begrenzt.

Comparipedia Graustrom

Graustrom wird nicht etwa deshalb als grau bezeichnet weil er grau aussieht, oder sich zwischen Grenzen der legalen und illegalen Welt bewegt. Vielmehr bezeichnet der Begriff elektrische Energie, deren Herkunft nicht bekannt ist, beziehungsweise deren Erzeugung nicht eindeutig einer bestimmten Art der Energiegewinnung zugeordnet werden kann. Wenn von Graustrom die Rede ist, handelt es sich oft um einen Strommix. Der überwiegende Teil stammt aus fossilen Energiequellen, also aus Kohle-, Gas-, Atom- und Ölkraftwerken. Mit negativem

Beiklang wird der Begriff Graustrom zwar oft als Gegensatz zu Ökostrom verwendet. Doch diese Abgrenzung ist teils unscharf. Denn tatsächlich stammt auch ein Teil dieser bisweilen polemisch als «Dreckstrom» oder «Egalstrom» bezeichneten Energie aus regenerativen Quellen wie Sonnen- und Windkraft. Manche Schweizer Energieanbieter bezeichnen Elektrizität, die überwiegend mit Nuklearenergie erzeugt wird als Graustrom. Graustrom-Produkte sind meist wesentlich günstiger als Ökostrom-Produkte. Seit 2005 müssen die Schweizer Stromversorger den Kundinnen und Kunden ihren Strommix übrigens offenlegen.

IMPRESSUM

Herausgeber: comparis.ch, Stampfenbachstrasse 48, CH-8006 Zürich
© 2015 comparis.ch
Redaktion: Luzia Mattmann (lm), Felix Schneuwly (fs), Reiner Eichenberger (rei), Stefan Säemann (ssa), Regina Gerdes (rg)
Gestaltung: yw@blackbox.ch
Druck: galledia ag, Berneck
Reaktionen: redaktion@comparis.ch
Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe (comparis.ch) gestattet; abrufbar als PDF auf: www.comparis.ch/konsumentenstimme

cømparis.ch